Kompromissloses Bekenntnis zur A 94

Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein in Neuötting – Integration nach dem Motto „fördern und fordern“

Neuötting (fb). Die Gründe für den aus Sicht der Union enttäuschenden Wahlausgang, die aktuellen Erfordernisse in der Bundespolitik, aber auch die dringende Notwendigkeit der A 94 für den südostbayerischen Raum hat Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein bei der Kundgebung am Dienstag im Neuöttinger Stadtsaal thematisiert.

„Wir brauchen die A 94 so dringend wie keine andere Straße in Bayern“, sagte Beckstein unter dem tosenden Beifall der rund 250 Zuhörer. Kritisch beleuchtete er die Einstellung des Baus durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof: Die Grundlage für die Entscheidung sei die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU. Beim Planfeststellungsbeschluss für die Isentaltrasse habe es diese Richtlinie aber noch gar nicht gegeben. Man werde für die Planfeststellung deshalb jetzt so nachbessern, dass man dann auf alle Fälle Plansicherheit habe. Zur Politik der Grünen, die sich aus Naturschutzgründen gegen die Isentaltrasse wenden, sagte Beckstein: „Die wirtschaftlichen Chancen und die Lebenschancen einer Region werden ebenso gefährdet wie manches Menschenleben.“

Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein bei seiner Rede im Neuöttinger Stadtsaal, bei der er sich deutlich für einen schnellen Weiterbau der A 94 aussprach. (Foto: Willmerdinger)

Bau der Autobahn ohne Verzögerung

Bis 2007 würden die Nachbesserungen für die Planfeststellung auf alle Fälle dauern. Aber wenn Baurecht bestehe – und dies sei schnellstmöglich anzustreben –, dann dürfe es bei der Finanzierung der Autobahn auf keinen Fall mehr Verzögerungen geben.

Bürgermeistern und Stadt- bzw. Gemeinderäten gab Beckstein den Tipp, kommunale Straßen jetzt zu bauen, da die Förderungen höher seien als in der Vergangenheit und auch schnell ausbezahlt würden. Möglich sei dies, weil viele Kommunen aufgrund ihrer Finanzsituation derzeit nicht investieren könnten.

Der Innenminister ging auch auf die aktuelle Randale in Frankreich, die teilweise schon auf Deutschland übergegriffen hat, ein. Dies seien keine abstrakten Demonstrationen, sondern Gewalttaten, die von der Polizei mit aller Massivität unterbunden werden müssten. „Wir sind in höchstem Maße sensibilisiert, damit Gewalt nicht zunimmt“, führte Beckstein aus, sah als langfristige Notwendigkeit jedoch eine bessere Integration von Migranten nach dem Motto „fördern und fordern“. Beckstein wünschte eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, aber nur bei der Bereitschaft, sich in die Gesellschaft des Gastlandes zu integrieren: „Wer die deutsche Sprache nicht lernen will, hat auf Dauer in Deutschland nichts zu suchen“, so der bayerische Innenminister. Der Staat werde Sprachförderung anbieten, die Migranten müssten sich aber selbst bemühen, sich in einem Land einzugliedern, das ihnen bessere Lebenschancen biete als ihre jeweilige Heimat.

Auf Bundesebene sah der Redner keine Alternative zur großen Koalition und zeigte sich sicher, dass bis zum Wochenende eine Koalitionsvereinbarung vorliegen werde. Als Gründe für das enttäuschende Unions-Wahlergebnis, bei dem ihm die Luft weggeblieben sei, nannte Beckstein den völlig unterschätzten Kampfgeist Schröders und eine Serie von Fehlern, beispielsweise der Vorschlag, Nacht- und Schichtarbeit zu besteuern, der heftige Proteste unter den Wählern ausgelöst habe.

„Müssen näher an die Menschen ran“

„Wir müssen wieder näher an die Menschen ran“, so das Fazit Becksteins aus den jüngsten Wahlerfahrungen. Gewaltige Haushaltslöcher, hohe Arbeitslosigkeit, ein reformbedürftiger Föderalismus und das nicht vorhandene Wirtschaftswachstum – das seien die Problemfelder für die künftige Bundespolitik. Neben einem Appell zu mehr Bürokratie-Abbau ging Beckstein noch auf Bayern als sicherstes Bundesland ein. In einem statistischen Vergleich stellte er fest, dass im Landkreis Altötting die Kriminalitätsrate unter und die Aufklärungsrate über dem bayerischen Durchschnitt liege. Geplant sei eine Polizeireform, um mehr Beamte „auf die Straße“ zu bringen, denn diese seien für die Sicherheit der Bürger wichtiger „als ein Beamter, der am Schreibtisch sitzt und Berichte für den Innenminister schreibt“.